

Förderungsrichtlinien 2015 für die Umweltförderung im Inland

Aufgrund der §§ 13 und 23ff Umweltförderungsgesetz (UFG), BGBl. Nr. 185/1993 idGF, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, ~~Familie und Jugend~~ angeordnet:

Zielsetzungen

§ 1. (1) Ziel der Umweltförderung im Inland ist der Schutz der Umwelt durch einen effizienten Einsatz von Energie und Ressourcen, durch Vermeidung oder Verringerung der Belastungen in Form von Luftverunreinigungen, klimarelevanten Gasen (insbesondere Kohlendioxid aus fossilen Brennstoffen und andere zur Umsetzung international vereinbarter Ziele relevante Gase), Lärm (ausgenommen Verkehrslärm) und Abfällen.

(2) Die Umweltförderung im Inland soll dabei nachfolgende Grundsätze berücksichtigen:

1. Vermeiden vor Verwerten vor Beseitigen im Sinne einer größtmöglichen Ressourceneffizienz sowie der im Rahmen der österreichischen Strategie zur nachhaltigen Entwicklung (www.nachhaltigkeit.at) festgelegten Grundsätze;
2. Sicherstellung der größtmöglichen Verminderung von Emissionen durch effizienten Ressourceneinsatz;
3. Vorrang von primären Maßnahmen vor Sekundärmaßnahmen.

(3) Zu diesem Zweck soll die Umweltförderung im Inland einen Anreiz für die Verwirklichung von Umweltschutzmaßnahmen bilden, die sich nicht innerhalb angemessener Zeit betriebswirtschaftlich amortisieren.

~~(4) Ebenso soll die Umweltförderung im Inland auch immaterielle Leistungen unterstützen, die der Erreichung der Ziele gemäß Abs. 1 bis 3 dienen.~~

(4) Zusätzlich zielt die Umweltförderung im Inland unter Berücksichtigung der ökologischen und volkswirtschaftlichen Zielsetzungen gemäß § 2 UFG auf eine breite technologische Streuung der geförderten Maßnahmen ~~ab sowie auf einen effizienten Mitteleinsatz ab.~~

~~(5) Ebenso soll die Umweltförderung im Inland auch immaterielle Leistungen unterstützen, die der Erreichung der Ziele gemäß Abs. 1 bis 4 und § 2 dienen.~~

Klima- und Energiepolitische Zielsetzungen

§ 2. (1) In ~~klimapolitischer~~ klima- und energiepolitischer Hinsicht ~~soll~~ sollen mit der Umweltförderung im Inland ein angemessener Beitrag zur Erreichung der in der österreichischen Klimastrategie (www.klimastrategie.at) festgelegten Reduktionsziele sowie Maßnahmen gefördert werden, die für die Anrechnung der mittel- bis langfristigen Zielsetzungen der Europäischen Union und der daraus dem Unionsrecht abgeleiteten nationalen Zielsetzungen bis 2020 (EU-2020-Ziele) sowie darüber hinaus gehend wirksam werden und somit einen angemessenen Beitrag zur Zielerreichung leisten ~~Verpflichtungen der Mitgliedstaaten geleistet werden.~~

~~(2) Die Umweltförderung im Inland kann dabei einen zusätzlichen Reduktionseffekt gegenüber dem Basisjahr 2006 leisten, der in der Kyotoperiode 2008 bis 2012, unter der Voraussetzung vergleichbarer Rahmenbedingungen wie im Jahr 2008, durchschnittlich 1 Million Tonnen Kohlendioxid Äquivalenten per anno betragen soll. Dabei sind eine breite technologische Streuung der Umweltförderung im Inland und Einspareffekte in allen einschlägigen Sektoren der österreichischen Klimastrategie anzustreben.~~

~~(3) Für die Zeit bis 2020 werden die Einsparziele der Umweltförderung im Inland vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft auf Basis der nationalen und europäischen Zielsetzungen nach Befassung der Kommission und im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend festgelegt.~~

(2) Der Kommission gemäß § 7 Z 2 UFG ist jährlich die Entwicklung der Kosteneffizienz darzulegen und gegebenenfalls mit ihr Maßnahmen zur Verbesserung zu erörtern. Bei der Ermittlung der Kosteneffizienz ist auf die Dauer der Einsparung (durchschnittliche technische Nutzungsdauer der geförderten Investition oder Maßnahme) unter Berücksichtigung der mit der

Förderung von ~~Klimaschutzmaßnahmen~~ Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen verbundenen volkswirtschaftlichen Effekte abzustellen.

Begriffsbestimmungen

§ 3. (1) ~~Gemeinschaftsnormen~~ Unionsnormen im Sinne dieser Richtlinien sind

- a) verbindliche ~~Gemeinschaftsnormen~~ Unionsnormen für das von einem einzelnen Unternehmen zu erreichende Umweltschutzniveau, wobei Normen oder Ziele, die für die Mitgliedstaaten, nicht aber für einzelne Unternehmen verbindlich sind, nicht als ~~Gemeinschaftsnormen~~ gelten. Die Verbindlichkeit der Gemeinschaftsnorm ist auch gegeben, wenn die Norm auf Gemeinschaftsebene bereits verabschiedet wurde, jedoch noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Unionsnormen gelten.
- b) die ~~Vorgabein~~ der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates ~~über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, ABl. L 24 vom 29. Jänner 2008, 2008/01/EG idgF festgelegte Verpflichtung~~, die besten verfügbaren Techniken ~~entsprechend den neuesten einschlägigen Informationen (BVT)~~ einzusetzen, die von der EU-Kommission gemäß Art. 17 Abs. 2 der ~~und sicherzustellen, dass Schadstoffemissionswerte nicht über den Werten liegen, die aus dem Einsatz der BVT resultieren würden; sofern in Durchführungsrechtsakten zur Richtlinie veröffentlicht~~ 2010/75/EU mit den besten verfügbaren Techniken assoziierte Emissionswerte festgelegt wurden, gelten diese Werte für die Zwecke dieser Verordnung; wenn diese Werte als Bandbreiten ausgedrückt werden, ist der Grenzwert, bei dem die mit den BVT assoziierten Emissionswerte als erstes erreicht werden, anwendbar.

(2) ~~Investitionen~~ im Sinne dieser Richtlinien sind solche, die betriebliche Verkehrsmaßnahmen ~~und/oder~~ örtlich gebundene Einrichtungen betreffen, und umfassen insbesondere Transportmittel, Gebäude, Anlagen und Ausrüstungsgüter, Dienstleistungen wie Bauarbeiten, Montage, Planungsleistungen. ~~Keine~~ Bei Maßnahmen zur Steigerung der stofflichen Ressourceneffizienz können davon auch erhöhte Kosten für Betriebsmittel über einen Zeitraum von maximal 5 Jahren umfasst sein, sofern eine De-minimis-Förderung gewährt wird. Keine anerkegnbaren Investitionen im Sinne dieser Richtlinien sind:

1. Grundstückskosten;
2. - sofern die Förderung nicht als pauschalierte De-minimis-Förderung oder als pauschalierte Förderung an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer vergeben wird - Leistungen oder Lieferungen, die vor Einlangen des Ansuchens bei der Abwicklungs- oder Einreichstelle erbracht oder bezogen rechtsverbindlich bestellt worden sind, ausgenommen Vorleistungen; entweder der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, wobei der früheste dieser Zeitpunkte maßgebend ist
3. Verwaltungsabgaben, Gerichts- und Notariatsgebühren sowie Anschluss- oder Verbindungsentgelte;
4. Finanzierungskosten;
5. Kostenüberschreitungen ~~von mehr als 10 %, wobei hiervon vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nach Befassung der förderungsfähigen Kosten gegenüber der im Fördervertrag vereinbarten, sofern diese nicht im Rahmen einer Wiedervorlage genehmigt~~ Kommission technologiespezifisch abweichende Regelungen getroffen werden können;
6. Investitionen gemäß § 4 Abs. 1 Z 1, die lediglich zu einer Verlagerung aber keiner Verminderung von Emissionen oder Abfällen führen;
7. Kostenarten von Investitionen gemäß § 4 Abs. 1 Z 1, die in einer bei der Abwicklungsstelle aufliegenden Liste (www.publicconsulting.at (weiterführende Links zu www.umweltfoerderung.at) näher bezeichnet werden. Diese Maßnahmen werden nach Befassung der Kommission vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft von der Förderung ausgeschlossen.

(3) Erneuerbare Energieträger im Sinne dieser Richtlinien sind Windkraft, Wasserkraft, Sonnenenergie, Erdwärme, Biomasse, Deponiegas, Klärgas und Biogas;

(4) Biomasse im Sinne dieser Richtlinien ist der biologisch abbaubare Teil von ~~pflanzlichen und tierischen~~ Erzeugnissen, Abfällen und ~~Rückständen~~ Reststoffen der Landwirtschaft, ~~(einschließlich pflanzlicher und tierischer Stoffe)~~, der Forstwirtschaft und damit verbundener ~~Industriezweige~~ Wirtschaftszweige einschließlich der Fischerei und Aquakultur sowie Biogas und der biologisch abbaubare Teil von Abfällen aus Industrie und Haushalten;

(5) Biokraftstoffe im Sinne dieser Richtlinien sind flüssige oder gasförmige Verkehrskraftstoffe, die aus Biomasse hergestellt werden Biokraftstoffe aus Nahrungsmittelpflanzen im Sinne dieser Richtlinien sind jene, aus Getreide und sonstigen Pflanzen mit hohem Stärkegehalt, Zuckerpflanzen und Ölpflanzen hergestellte Biokraftstoffe im Sinne des Vorschlages der Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen;

(6) Biogene Abfälle oder Abfälle mit relevanten biogenen Anteilen im Sinne dieser Richtlinien sind jene, die in einer zu diesem Zweck vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft nach Befassung der Kommission erstellten Liste angeführt sind. In dieser Liste werden die für eine Förderung anerkannten Kategorien von biogenen Abfällen oder Abfällen mit relevanten biogenen Anteilen sowie deren erforderliches Ausmaß am eingesetzten Abfall festgelegt. Diese Liste kann bei der Abwicklungsstelle (www.publicconsulting.at) (weiterführende Links zu www.umweltfoerderung.at) eingesehen werden.

(7) Gefährliche Abfälle im Sinne dieser Richtlinien sind solche, die in der Bestimmungsverordnung zum Abfallwirtschaftsgesetz (AWG), BGBl. Nr. 325/1990 idgF, als solche ausgewiesen werden.

(8) Immaterielle Leistungen im Sinne dieser Richtlinien sind Planungs- und Projektvorleistungen, Beratungsleistungen sowie Umweltstudien.

(9) Öko-Innovation im Sinne dieser Richtlinien ist jede Form der Innovation, die eine deutliche Verbesserung der Umweltsituation bewirkt oder zum Ziel hat. Öko-Innovation umfasst neue Produktionsprozesse, den Einsatz neuer Produkte oder Dienstleistungen sowie neue Management- und Geschäftsmethoden, die sich dazu eignen, während der Dauer ihrer Anwendung oder Nutzung Gefahren für die Umwelt, Umweltschädigungen oder andere negative Auswirkungen auf die Ressourcennutzung zu vermeiden oder erheblich zu reduzieren. Nicht als Innovationen gelten:

- a) geringfügige Änderungen oder Verbesserungen,
- b) eine Steigerung der Produktions- oder Dienstleistungskapazitäten durch zusätzliche Produktions- oder Logistiksysteme, die den bereits verwendeten sehr ähnlich sind,
- c) Änderungen in den Geschäftspraktiken, den Arbeitsabläufen oder Geschäftsbeziehungen, die auf bereits in dem Unternehmen bestehenden betrieblichen Praktiken beruhen,
- d) Änderungen in der Geschäftsstrategie,
- e) Fusionen und Übernahmen,
- f) Einstellung eines Arbeitsablaufs,
- g) einfache Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen,
- h) Änderungen, die sich allein aus Veränderungen bei den Faktorpreisen ergeben,
- i) der Handel mit neuen oder erheblich verbesserten Produkten.

(10) Energieeffizienz im Sinne dieser Richtlinien ist jene eingesparte Energiemenge, die durch Messung und/oder Schätzung des Verbrauchs vor und nach der Umsetzung einer Maßnahme zur Energieeffizienzverbesserung und bei gleichzeitiger Normalisierung der den Energieverbrauch beeinflussenden äußeren Bedingungen ermittelt wird;

(11) Eine Erhöhung der Ressourceneffizienz im Sinne dieser Richtlinien liegt vor, wenn durch Einsparungen der Einsatz von Energie oder Rohstoffen minimiert wird. Bei den Einsparungen ist darauf zu achten, dass eine wesentliche Entlastung der Umwelt insgesamt erfolgt, wobei insbesondere mögliche Verlagerungen von Umweltbelastungen zu beachten sind.

(12) Stand der Technik im Sinne dieser Richtlinien ist der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist.

Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen.

(13) Kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne dieser Richtlinien sind

a) Unternehmen entsprechend der im Anhang I der Verordnung der EU-Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~Binnenmarkt in Anwendung der ~~Art. 87~~Artikel 107 und ~~88 EG-V~~108 AEUV (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung), ABl. L ~~214~~187 vom ~~9. August 2008~~, ~~2008/800/EG idgF~~26. Juni 2014, 651/2014 der Kommission oder diese ersetzende Regelung;

b) Unternehmen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind, entsprechend der im Anhang I der Verordnung der EU-Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV (Agrarische Freistellungsverordnung), ABl. L 193 vom 1. Juli 2014, 702/2014 der Kommission oder diese ersetzende Regelung;

Die jeweils geltende Fassung der Kriterien für die Einstufung als Klein- oder Mittelunternehmen kann bei der Abwicklungsstelle (www.publicconsulting.at) (weiterführende Links zu www.umweltfoerderung.at) eingesehen werden.

(14) Großunternehmen sind Wettbewerbsteilnehmer, die nicht die Kriterien für kleine oder mittlere Unternehmen gemäß ~~Anhang I der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung~~Abs. 13 erfüllen.

(15) Die Kommission im Sinne dieser Richtlinien ist jene, die gemäß § 7 Z 2 UFG in Angelegenheiten der Umweltförderung im ~~In- und Ausland~~Inland einzurichten ist.

(16) De-minimis-Förderungen im Sinne dieser Richtlinien sind Förderungen, die

a) gemäß der Verordnung der EU-Kommission über die Anwendung der ~~Art. 87~~Artikel 107 und ~~88 EG-V~~108 AEUV auf „De-minimis“-Beihilfen, ABl. L ~~379~~352 vom ~~15~~24. Dezember ~~2006~~, ~~2006/1998/EG idgF~~2013, 1407/2013 der Kommission oder diese ersetzende Regelung,

b) - für Unternehmen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind – gemäß der Verordnung der EU-Kommission über die Anwendung der ~~Art. 87~~Artikel 107 und ~~88 EG-V~~108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen im ~~Agrar- und Fischereisektor~~Agrarsektor, ABl. L ~~337~~352 vom ~~20~~24. Dezember ~~2007~~, ~~2007/1535/EG idgF~~2013, 1407/2013 der Kommission oder diese ersetzende Regelung

nicht von ~~Art. 87 EG-V~~Artikel 107 Abs. 1 AEUV umfasst sind. Die im Amtsblatt der Europäischen ~~Gemeinschaften~~Union veröffentlichten Kriterien für die Einstufung als De-minimis-Förderung im Sinne dieser Verordnungen können bei der Abwicklungsstelle eingesehen werden.

~~(16) Operative Gewinne: für die Zwecke der Berechnung der förderfähigen Kosten sind hierunter insbesondere Kosteneinsparungen oder zusätzliche Nebenprodukte zu verstehen, die sich direkt aus dem Mehraufwand für den Umweltschutz ergeben, sowie gegebenenfalls Gewinne aus anderen Fördermaßnahmen und zwar unabhängig davon, ob es sich um staatliche Beihilfen im Sinne der Art. 87 Abs. 1 EG-V handelt oder nicht (Betriebsbeihilfen für dieselben förderfähigen Kosten, Einspeisetarife oder sonstige Fördermaßnahmen).~~

~~(17) Operative Kosten: für die Zwecke der Berechnung der förderfähigen Kosten sind hierunter insbesondere zusätzliche Produktionskosten zu verstehen, die sich aus dem Mehraufwand für den Umweltschutz ergeben.~~

(17) Eine technisch vergleichbare Investition ist eine Investition mit der gleichen Produktionskapazität und den gleichen technischen Merkmalen (mit Ausnahme jener Merkmale, die sich direkt auf den Mehraufwand für den Umweltschutz beziehen). Darüber hinaus muss die Referenzinvestition aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine ernsthafte Alternative zu der geprüften Investition bilden.

(18) Wettbewerbsteilnehmer im Sinne dieser Richtlinien sind natürliche oder juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben und am Markt als Anbieter eines Produkts oder einer Dienstleistung auftreten; sie unterliegen dem

EU-Wettbewerbsrecht gemäß ~~Art. 87~~Artikel 107 ff ~~EG-VAEUV~~. Nicht-Wettbewerbsteilnehmer sind jene, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

(19) Ein Unternehmen in Schwierigkeiten ist ein Wettbewerbsteilnehmer im Sinne des Artikel 2 Nummer 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung oder Artikel 2 Nummer 14 der Agrarischen Freistellungsverordnung.

~~(20) Die vergleichbaren Rahmenbedingungen der Umweltförderung im Inland umfassen administrative (z.B. die Entwicklung korrespondierender Förderungsinstrumente, insbesondere des Klima- und Energiefonds, BGBl. I Nr. 40/2007 idgF, des Wärme- und Kälteausbaugesetzes, BGBl. I Nr. 40/2007 idgF des Ökostromgesetzes, BGBl. I Nr. 149/2002 idgF und der Wohnbauförderungen der Länder), finanzielle (z.B. jährlicher Zusagerahmen) und wirtschaftliche Rahmenbedingungen (z.B. Inflation, Energiepreise, Kosteneffizienz von ca. 6,5 EURO je Tonne Kohlendioxid Äquivalent).~~

~~(21) Ein Unternehmen in Schwierigkeiten ist ein Unternehmen, das nicht in der Lage ist, mit eigenen finanziellen Mitteln oder Fremdmitteln, die ihm von seinen Eigentümern oder Anteilseignern oder Gläubigern zur Verfügung gestellt werden, Verluste aufzufangen, die das Unternehmen auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher in den wirtschaftlichen Untergang treiben werden, wenn die öffentliche Hand nicht eingreift. Dies ist insbesondere der Fall, wenn:~~

- ~~— a) wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des gezeichneten Kapitals verschwunden und mehr als ein Viertel dieses Kapitals während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist;~~
- ~~— b) wenn bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verschwunden und mehr als ein Viertel dieser Mittel während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist;~~
- ~~— c) wenn unabhängig von der Unternehmensform die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erfüllt sind.~~

~~(20) Unionsrechtliche Gemeinschaftsrechtliche Publizitätsverpflichtungen sind jene gemäß Art. 8 und 9 der Verordnung der EU-Kommission zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, ABl. L 371/2006 vom 27. Dezember 2006, 2006/1828/EG idgF oder Art. 58 Abs. 3 und Anhang VI der Verordnung der EU-Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), ABl. L 368 vom 23. Dezember 2006, 2006/1974/EG idgF, der einschlägigen unionsrechtlichen Rechtsgrundlagen zwingend zu veröffentlichen förderrelevanten Daten. Die sich aus den gemeinschaftsrechtlichen unionsrechtlichen Publizitätsvorschriften ergebenden konkreten Verpflichtungen können bei der Abwicklungsstelle (www.publicconsulting.at) (weiterführende Links zu www.umweltfoerderung.at) eingesehen werden.~~

Gegenstand der Förderung

§ 4. (1) Gegenstand der Förderung sind:

1. Investitionen

- a) zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch klimarelevante Gase;
- b) zur Energiegewinnung aus biogenen Abfällen oder aus Abfällen mit relevanten biogenen Anteilen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch klimarelevante Gase;
- c) zur Verbesserung der Ressourceneffizienz durch Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen insbesondere durch klimarelevante Gase
 - ca) durch Einsparung oder effizientere Bereitstellung von Endenergie ~~oder,~~
 - cb) durch Reduktion oder Substitution von Rohstoffen oder

cc) durch Behandlung oder Verwertung von Reststoffen, auch soweit die Verbesserung der Ressourceneffizienz in Produktionsprozessen anderer Unternehmen eintritt;

- d) für betriebliche Mobilitäts- oder Verkehrsmaßnahmen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch klimarelevante Gase;
 - e) zur Verringerung von Umweltbelastungen durch klimarelevante Gase, soweit sie nicht gemäß lit. a bis d förderbar sind;
 - f) zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Staubemissionen, soweit Anlagen, Arbeits- und Zugmaschinen im Sinne des Kraftfahrzeuggesetzes 1967 (KFG 1967), BGBl. Nr. 267/1967 idGF, sowie Baumaschinen und -geräte mit Selbstzündungsmotoren im Sinne der Verordnung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emissionen von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte (MOT-V), BGBl. II Nr. 136/2005 idGF, verbessert oder ersetzt werden;
 - g) zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch sonstige Luftverunreinigungen;
 - h) zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Lärm, ausgenommen Verkehrslärm, soweit Anlagen verbessert oder ersetzt werden;
 - i) zur Behandlung von gefährlichen Abfällen;
 - j) betreffend Anlagen, die durch den Einsatz fortschrittlicher Technologien besonders geeignet erscheinen, die Umweltbelastungen im Sinne der lit. a bis i zu verringern und als Öko-Innovationen eingestuft werden können.
2. immaterielle Leistungen gemäß § 3 Abs. 8, die im Zusammenhang mit den in Z 1 genannten Maßnahmen erforderlich sind und von hiezu befugten Personen oder Unternehmen erbracht werden. Die Förderung von Beratungsleistungen, die Einführung von Umwelt- oder Energiemanagementsystemen oder Umwelt- oder Energieaudits ist unabhängig von der Durchführung einer Investition möglich. Soweit hiezu eine gesetzliche oder unionsrechtliche Verpflichtung von Unternehmen besteht, kann hierfür keine Förderung gewährt werden.

(2) Bei der Festlegung konkretisierender Förderbedingungen zu den einzelnen Förderbereichen gemäß Abs. 1 ist darauf zu achten, dass unerwünschte Mehrfachförderungen vermieden werden. Dies hat insbesondere auch durch Abfrage der Leistungsangebote im Transparenzportal gemäß § 1 Abs. 1 des Transparenzdatenbankgesetzes 2012 (TDBG 2012), BGBl. I Nr. 99/2012, zu erfolgen, wobei insbesondere auch alle jene Leistungsangebote heranzuziehen sind, die in den gleichen Tätigkeitsbereich der einheitlichen Kategorie im Sinne des § 22 Abs. 2 TDBG 2012 fallen.

(2) Gegenstand der Förderung können auch Investitionen gemäß Abs. 1 sein, die für Anlagen, die dem Emissionshandel im Rahmen der Zuteilungsperiode für 2008 bis 2012 unterliegen, gesetzt werden. Für die Zeit bis 2020 wird die Förderungsfähigkeit dieser Anlagen in der Umweltförderung im Inland vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft auf Basis der nationalen und europäischen Vorgaben nach Befassung der Kommission und im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend festgelegt.

Voraussetzungen

§ 5. (1) Die Gewährung einer Förderung setzt voraus, dass:

- 1. die Maßnahme dem Stand der Technik bzw. den unionsrechtlichen Vorgaben zur Förderung entspricht;
- 2. —bei Investitionen von mehr als 1 Million EURO – die gesamte Betriebsanlage dem Stand der Technik entspricht oder in angemessener Zeit entsprechen wird;
- 3. durch die zu fördernde Maßnahme eine wesentliche Entlastung der Umwelt insgesamt erfolgt, wobei insbesondere Raumordnung, Rohstoff- und Energieersparnis sowie mögliche Verlagerungen von Umweltbelastungen zu beachten sind;
- 4. durch die Maßnahme keine Verschlechterung der Arbeitsumwelt eintritt;

5. durch das erzeugte Produkt bei sachgemäßem Gebrauch unter Einbeziehung des im Zusammenhang mit dem Produktlebenszyklus stehenden Abfalltransportes und der Abfallbehandlung keine Umweltgefährdung ausgeht;
6. für Maßnahmen gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 lit. d ein Mobilitätskonzept für den Betrieb erstellt wird;
7. – soweit zur Prüfung der Förderungswürdigkeit des Projektes erforderlich – vom Förderungswerber der Nachweis über die preisliche Angemessenheit des Projektes, wie etwa durch Vergleichsangebote, erbracht wird;
8. das Förderungsansuchen einschließlich der Unterlagen gemäß § 8 bei der Abwicklungsstelle oder bei einer vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in deren Vertretung zur Annahme von Ansuchen berechtigten Stelle (Einreichstelle) vor Beginn der Maßnahme, für pauschalierte Förderungen, die als Deminimis-Förderungen oder an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer vergeben werden, binnen der vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nach Befassung der Kommission hierfür festzulegenden Frist, eingelangt ist. Die Festlegung des Zeitpunktes des Beginns der Maßnahme hat den unionsrechtlichen Vorgaben zu entsprechen und ist bei der Abwicklungsstelle (weiterführende Links zu www.umweltfoerderung.at) festgelegt.
- ~~9. für Großunternehmen, die um eine Förderung gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Umweltschutzbeihilfen (Umweltleitlinien), ABl. C 81 vom 1. April 2008 idgF, oder den Bestimmungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für Umweltschutzbeihilfen (§ 9 Abs. 1) ansuchen – dass die Investition ohne die Förderung nicht gesetzt wird (kontrafaktische Analyse). Zu diesem Zweck ist ein Nachweis zu legen, dass die Investition ohne die Förderung nicht ausreichend rentabel wäre, wobei die Gewinne im Zusammenhang mit der Investition ohne Förderung gebührend zu berücksichtigen sind, gegebenenfalls einschließlich des Wertes der handelbaren Zertifikate, die dem betreffenden Unternehmen möglicherweise nach der Umweltentlastenden Investition zur Verfügung stehen;~~
9. soweit Maßnahmen im Sinne der EU-2020-Ziele (§ 2 Abs. 1) gesetzt werden, sämtliche unmittelbaren Effekte der Maßnahmen auf die korrespondierenden abgeleiteten nationalen Zielsetzungen angerechnet werden können;
10. der Förderungswerber, der den Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes, BGBl. Nr. 108/1979 idgF, unterliegt, diese beachtet;
11. im Falle von Unternehmen der Förderungswerber das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, BGBl. I Nr. 82/2005 idgF und das Diskriminierungsverbot gemäß den §§ 7b ff des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970 idgF, beachtet;
12. der Förderungswerber, der hinsichtlich der zur fördernden Investition oder Maßnahme den einschlägigen vergabegesetzlichen Bestimmungen unterliegt, dies auch einhält;
13. – im Fall von Kraft-Wärme-Kopplungen –
 - a) die ~~Anlage hocheffizient im Sinne der Kriterien in Anhang III des Artikels 2 Nummer 34 der Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung im Energiebinnenmarkt und vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinie 92/42/EWG vom 11. Februar 2004, ABl. L 52 vom 21. Februar 2004, 2004/08 Richtlinien 2009/125/EG idgF, ist und 2010/30/EU und den harmonisierten Wirkungsgrad Referenzwerten der Entscheidung 2007/74/EG der EU Kommission vom 21. Dezember 2006 zur Festlegung harmonisierter Wirkungsgrad Referenzwerte für die getrennte Erzeugung von Strom und Wärme in Anwendung der Richtlinie zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl. L und 2006/32 vom 6. Februar 2007, 2007/74/EG idgF, entspricht/EG (1) erfüllt~~ und
 - b) die Maßnahme zu einer Verringerung der Primärenergieerzeugung im Vergleich zur getrennten Energieerzeugung oder im Vergleich zur Ausgangssituation führt;
14. – im Fall von Biokraftstoffen und flüssigen Brennstoffen – die Produktion die Nachhaltigkeitskriterien in Art. 17 der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energien aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und

anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG, ABl. L 140 vom 5. Juni 2009, 2009/28/EG idgF, erfüllt und - sofern keine De-minimis-Förderungen oder Förderungen an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer gewährt werden - nicht aus Nahrungsmittelpflanzen gewonnen werden und für diese Stoffe keine Beimengungsverpflichtung besteht;

15. für die Maßnahme, die einen Zuschlag für den öko-innovativen Charakter der Maßnahme erhalten soll, folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Der öko-innovative Vermögenswert muss gemessen an dem Stand der Technik in dem jeweiligen Wirtschaftszweig der Gemeinschaft eine Neuheit sein oder eine wesentliche Verbesserung darstellen. Die Neuheit kann z.B. anhand einer genauen Beschreibung der Innovation und der Marktbedingungen für die Einführung oder Verbreitung der Innovation nachgewiesen werden, bei der sie mit dem Stand der Verfahren oder betrieblichen Techniken verglichen wird, die von anderen Unternehmen in demselben Wirtschaftszweig allgemein angewandt werden.
- b) Der erwartete Nutzen für die Umwelt muss deutlich höher sein als die Verbesserung, die aus der allgemeinen Entwicklung des Stands der Technik bei vergleichbaren Tätigkeiten resultiert.
- c) Mit dem öko-innovativen Charakter dieser Vermögenswerte oder Projekte muss ein eindeutiges Risiko in technologischer, marktbezogener oder finanzieller Hinsicht verbunden sein, das höher ist als das Risiko, das allgemein mit vergleichbaren nichtinnovativen Vermögenswerten oder Projekten verbunden ist. Dieses Risiko kann beispielsweise nachgewiesen werden durch: Kosten in Relation zum Umsatz, Zeitaufwand für die Entwicklung, erwartete Gewinne aus der Öko-Innovation im Vergleich zu den Kosten, Wahrscheinlichkeit eines Fehlschlags.

(2) Eine Förderung ist nur dann zu gewähren, wenn sie der Höhe nach in einem angemessenen Verhältnis zum Projektumfang, zur Leistungsfähigkeit des Projektträgers und zu den Beurteilungs- und Abwicklungskosten steht und die Investitionskosten über der vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unter Bedachtnahme auf die Empfehlung der Kommission festgesetzten Grenze liegen.

(3) Ist aufgrund von gemeinschaftsrechtlichen unionsrechtlichen Beihilferegulungen für die Förderung von Einzelprojekten ein gesondertes Notifikationsverfahren durchzuführen, so ist eine Förderung nur nach Genehmigung durch die EU-Kommission zu gewähren. Die jeweiligen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Union veröffentlichten Beihilferegulungen, die eine Einzelnotifikation erfordern, können bei der Abwicklungsstelle (www.publicconsulting.at) (weiterführende Links zu www.umweltfoederung.at) eingesehen werden. Ebenso liegt zu diesem Zweck bei der Abwicklungsstelle (www.publicconsulting.at) (weiterführende Links zu www.umweltfoederung.at) eine Liste der wichtigsten Maßnahmen, die einer Einzelnotifikation bedürfen, einschließlich deren Prüfkriterien und die dafür erforderlichen Unterlagen und Nachweise, zur Einsichtnahme auf.

(4) Eine Förderung nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung oder der Agrarischen Freistellungsverordnung gewährt soll, kann eine Förderung nach diesen Förderungsrichtlinien kann Richtlinien nicht gewährt werden, wenn

- a) der Förderwerber ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des § 43 Abs. 219 ist oder
- b) der Förderwerber einer Rückforderungsanordnung aufgrund einer früheren Entscheidung der EU-Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet hat.

~~(5) Eine Förderung gemäß Kapitel IVA der Rahmenregelung für den Agrar- und Forstsektor 2007—2103 ABl. C 319 vom 27. Dezember 2006 idgF (Agrarische Rahmenregelung), setzt voraus, dass mit der zu fördernden Maßnahme erst nach der positiven Förderungsentscheidung begonnen wird.~~

(5) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft kann unter Bedachtnahme auf die Empfehlung der Kommission zusätzliche Voraussetzungen für die Gewährung festlegen, soweit dies für die Verwirklichung der Ziele dieser Förderung erforderlich erscheint.

(6) Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

Förderungswerber

§ 6. (1) Unbeschadet Abs. 2 können Ansuchen im Bereich der Umweltförderung im Inland von natürlichen oder juristischen Personen, die Maßnahmen gemäß § 4 setzen, gestellt werden.

(2) Ansuchen für die Förderung von Investitionen gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 einschließlich oder immaterieller Leistungen gemäß § 4 Abs. 1 Z 2 können auch von Nicht-Wettbewerbsteilnehmern sowie bei Investitionen, die der Erzeugung von Produkten des Anhang I EG-VAEUV dienen, können auch von Unternehmen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind, gestellt werden.

Konsortialförderung

§ 7. (1) Die Förderung oder sonstige Unterstützung der Maßnahme bis zu den gemäß den beihilfenrechtlichen Gemeinschaftsnormen/Unionsnormen vorgesehenen Höchstgrenzen durch mehrere öffentliche Förderungsträger ist zulässig.

(2) Durch eine andere österreichische Bundesförderung geförderte Investitionskosten können nur in begründeten Fällen im Rahmen dieser Richtlinien

a) gemäß einer Festlegung durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nach Befassung der Kommission oder

b) nur in begründeten Fällen gefördert werden. Diese Begründung ist vom Förderungswerber im Ansuchen entsprechend darzustellen und von der Abwicklungsstelle zu bestätigen.

Dabei hat die Abwicklungsstelle vor Gewährung der Förderung mit der zuständigen Abwicklungsstelle der anderen Bundesförderung die beabsichtigte Vorgangsweise abzustimmen. Im Fall von Konsortialförderungen durch andere Förderungen als jener des Bundes hat die Abwicklungsstelle zur Vermeidung unerwünschter Mehrfachförderungen oder überhöhter Gesamtförderintensitäten mit anderen einschlägigen Förderstellen auf eine abgestimmte Vorgangsweise hinzuwirken.

(3) Der Förderungswerber ist zu verpflichten, die Abwicklungsstelle über beabsichtigte, in Behandlung stehende oder erledigte Ansuchen oder Anträge auf Förderung der Maßnahme bei anderen öffentlichen Förderungsträgern zu informieren. Zu diesem Zweck hat jedes eingebrachte Förderungsansuchen eine rechtsverbindliche Erklärung der Förderungswerberin oder des Förderungswerbers zu enthalten, dass die abgegebenen Angaben richtig und vollständig sind. Die Abwicklungsstellen werden die zusätzlichen projekteinschlägigen Förderungen durch Selbsterklärung durch die Förderungsnehmerin oder den Förderungsnehmer bei Antragstellung und bei Abgabe des Endberichtes abfragen.

Förderungsansuchen und Unterlagen

§ 8. (1) Das vollständig ausgefüllte Ansuchen auf Förderung ist unter Verwendung des von der Abwicklungsstelle aufgelegten oder elektronisch – unter sinngemäßer Anwendung von § 23 der Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln (ARR 2014) - zur Verfügung gestellten Formulars bei der Abwicklungsstelle oder bei einer Einreichsstelle einzubringen. Die Abwicklungsstelle kann vorhandene elektronische Anwendungen, die den Anforderungen des § 23 Abs. 8 ARR 2014 nicht entsprechen, bis eine Umsetzung möglich ist, unverändert weiter nutzen.

(2) Dem Ansuchen auf Förderung sind die zur Prüfung der Förderungsfähigkeit und -würdigkeit erforderlichen Unterlagen anzuschließen.

(3) Soweit für einzelne Unterlagen oder Informationen für die Stellung eines Ansuchens von der Abwicklungsstelle Datenblätter zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden. Dies gilt auch für die Stellung eines Ansuchens im Wege von elektronischen Datenträgern oder Internet. Das Förderungsansuchen ist rechtsverbindlich vom Förderwerber oder eine zu seiner Vertretung befugten Person zu unterzeichnen oder elektronisch zu signieren und hat, soweit eine Förderung gemäß der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung oder der Agrarischen Freistellungsverordnung gewährt werden soll, jedenfalls folgenden Angaben zu enthalten:

a) Name und Größe des Unternehmens;

- b) Beschreibung der Maßnahme mit Angabe des Beginns und des Abschlusses;
- c) Standort des Maßnahme;
- d) die Kosten des Maßnahme;
- e) Angabe, dass ein Investitionszuschuss benötigt wird, einschließlich der Höhe der für die Maßnahme erforderlichen öffentlichen Finanzierung.

(4) Die Form und Art der Einreichung wird vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nach Anhörung der Kommission festgelegt. § 23 Abs. 8 ARR 2014 gilt sinngemäß.

Ermittlung der förderbaren Kosten

§ 9. (1) Sofern eine Förderung im Sinne ~~der Umwelleitlinien oder der Bestimmungen~~ der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für Umweltschutzbeihilfen gewährt werden soll, sind die umweltrelevanten Mehrkosten der Investition gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 ~~einschließlich~~ oder der immateriellen Leistungen gemäß § 4 Abs. 1 Z 2 förderfähig:

1. Als umweltrelevanten Mehrkosten der Investition sind von der Abwicklungsstelle jene Kosten zu ermitteln, die zur Erreichung des aufgrund der ~~Gemeinschaftsnorm~~ Unionsnorm höheren Umweltschutzniveaus erforderlich sind. Sofern sich der Anteil der umweltschutzbezogenen Kosten an den Gesamtkosten der Investition nicht ohne weiteres feststellen lässt, müssen die Investitionsmehrkosten durch Vergleich der Investition mit der Situation ohne Förderung ermittelt werden. Als Referenzinvestitionskosten sind die Kosten einer Investition heranzuziehen, die technisch vergleichbar ist, jedoch

- a) bei Fehlen einer ~~Gemeinschaftsnorm~~ Unionsnorm ein geringeres Maß an Umweltschutz bietet oder
- b) ansonsten für die Einhaltung der ~~Gemeinschaftsnorm~~ Unionsnorm erforderlich sind.

~~2. Zusätzlich werden im Fall Bei~~ der Abwicklungsstelle (weiterführende Links zu www.umweltfoerderung.at) liegt eine Liste jener Technologien auf, die als Referenzinvestition für die wichtigsten förderbaren Technologien herangezogen werden. Sofern für eine zu fördernde Technologie eine Referenzinvestition nicht gelistet ist oder eine andere Referenzinvestition als die gelistete heranzuziehen ist, hat der Förderwerber hierfür die erforderlichen Nachweise zu bringen. ~~Ebenso werden die operativen Kosten und Gewinne auf Basis dieser Referenzinvestition berechnet.~~ Sofern für eine zu fördernde Technologie eine Referenzinvestition nicht gelistet ist oder eine andere Referenzinvestition als die gelistete heranzuziehen ist, hat der Förderwerber hierfür die erforderlichen Nachweise zu bringen. Gewährung einer Förderung

~~a) gemäß den Umwelleitlinien bei der Berechnung der förderfähigen Kosten die operativen Gewinne und die operativen Kosten, die sich aus dem Mehraufwand für den Umweltschutz ergeben und in den ersten fünf Lebensjahren der betreffenden Investition anfallen, entsprechend berücksichtigt.~~

~~b) für Energiesparmaßnahmen gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 lit. c sublit. ca iVm mit 3.1.5. der Umwelleitlinien oder Art. 21 Abs. 2 und 3 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung werden die operativen Gewinne und die operativen Kosten, die sich aus dem Mehraufwand für Energiesparmaßnahmen ergeben und bei kleinen oder mittleren Unternehmen in den ersten 3 Lebensjahren, bei Großunternehmen, welche nicht am EU-Emissionshandelssystem teilnehmen, in den ersten 4 Lebensjahren und bei Großunternehmen, welche am EU-Emissionshandelssystem teilnehmen, in den ersten 5 Lebensjahren der Investition anfallen, nicht berücksichtigt. Bei Großunternehmen kann dieser Zeitraum auf die ersten 3 Lebensjahre der Investition verkürzt werden, wenn der Abschreibungszeitraum der betreffenden Investition nachweislich nicht länger als 3 Jahre beträgt. Die Berechnung der förderfähigen Kosten erfolgt durch die Abwicklungsstelle.~~

~~3. Bei der Abwicklungsstelle (www.publicconsulting.at) liegt eine Liste jener Technologien auf, die als Referenzinvestition für die wichtigsten förderbaren Technologien herangezogen werden. Ebenso werden die operativen Kosten und Gewinne auf Basis dieser Referenzinvestition berechnet. Sofern für eine zu fördernde Technologie eine Referenzinvestition nicht gelistet ist oder eine andere Referenzinvestition als die gelistete heranzuziehen ist, hat der Förderwerber hierfür die erforderlichen Nachweise zu bringen.~~

3. Soweit die zu fördernde Technologie auf den Einsatz oder die Produktion von erneuerbaren Energieträgern oder nachwachsender Rohstoffe abstellt, ist als Referenzinvestition eine Anlage auf Basis fossiler Energieträger oder herkömmlicher Einsatzstoffe heranzuziehen.

(2) Sofern eine Förderung als De-minimis-Förderung gewährt werden soll, sind die umweltrelevanten Kosten der Maßnahmen gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 und 2 förderfähig. ~~In begründeten Fällen kann eine Förderung, die die Kriterien für eine De-minimis-Förderung erfüllt, auch als Förderung gemäß den Umwelleitlinien oder den Bestimmungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für Umweltschutzbeihilfen (Abs. 1) unter Einhaltung der damit verbundenen Voraussetzungen gewährt werden. Diese Begründung ist vom Förderungswerber im Ansuchen entsprechend darzustellen.~~

(3) Sofern eine Maßnahme von einem Unternehmen gesetzt wird, das in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig ist und die Förderung für die Erzeugung von Produkten des Anhang I ~~EG-VAEUV gemäß der Agrarischen Freistellungsverordnung~~ gewährt werden soll, sind die umweltrelevanten Kosten der Maßnahmen gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 und 2 förderfähig. ~~Soweit diesen Unternehmen eine De-minimis-Förderung gewährt werden soll, gelten hierfür die Bestimmungen der De-minimis-Verordnung für den Agrarerzeugnissektor (§ 3 Abs. 15 lit. b). Die Sätze 2 und 3 in Abs. 2 gelten sinngemäß.~~

(4) Für Förderungen an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer erfolgt die ~~Bemessung~~Ermittlung der ~~Förderhöhe gemäß § 10~~förderbaren Kosten unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen in Abs. ~~1 und 2~~.

Ausmaß der Förderung

§ 10. (1) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft kann, nach Anhörung der Kommission, technische, umweltbezogene, soziale und wirtschaftliche Kriterien im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für die Differenzierung der Förderungshöhe festsetzen.

(2) Bei Förderungen, die ~~als Förderungen gemäß den Umwelleitlinien oder~~ den Bestimmungen der Allgemeinen Gruppenfreistellung für Umweltschutzbeihilfen vergeben werden, können auf Basis der ermittelten förderfähigen Kosten (§ 9 Abs. 1) folgende Förderungssätze gewährt werden:

1. für Investitionen zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. a) bis zu 40 %;
2. für Investitionen zur Energiegewinnung aus biogenen Abfällen oder aus Abfällen mit relevanten biogenen Anteilen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. b) bis zu 30 %;
3. für Investitionen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 lit. c sublit. ca durch Einsparung sowie effizienteren Bereitstellung oder Nutzung von Energie, ~~wie z.B. in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, betriebliche Energiesparmaßnahmen, Leistungen von Energiedienstleistungsunternehmen bis zu 40 %, im Falle der Förderung von Maßnahmen zur Einsparung von Energie gemäß Art. 21 Abs. 4 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, ansonsten bis zu 20/30 %;~~
4. für Investitionen für betriebliche Mobilitäts- oder Verkehrsmaßnahmen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. d) ~~bis zu 30 %, im Falle der Förderung von Maßnahmen zur Einsparung von Energie gemäß Art. 21 Abs. 4 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung bis zu 20 %, d) bis zu 30 %~~, wobei die Förderungshöhe in Abhängigkeit vom Ausmaß der Reduktion sowie der Nachhaltigkeit der getroffenen Maßnahme festzulegen ist;
5. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von klimarelevanten Gasen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. e) bis zu 30 %;
6. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Staubemissionen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. f) bis zu 30 %, wobei die Förderungshöhe in Abhängigkeit von der Art der verminderten Emissionen und dem Ausmaß der Verringerung oder Vermeidung festzulegen ist;
7. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch sonstige luftverunreinigende Stoffe (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. g) bis zu 30 %, wobei die Förderungshöhe in Abhängigkeit von der Art der verminderten Emissionen und dem Ausmaß der Verringerung oder Vermeidung festzulegen ist;

8. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Lärm, ausgenommen Verkehrslärm (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. h) bis zu 30 %;
9. für Investitionen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz durch Reduktion oder Substitution von Rohstoffen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. c sublit. ~~e)cb)~~ sowie durch Behandlung und Verwertung von Reststoffen (§ 4 Abs. cc) bis zu 30 %;
10. für Investitionen zur Behandlung von gefährlichen Abfällen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. i) bis zu 30 %.

(3) Zusätzlich zu den Fördersätzen gemäß Abs. 2 können unter Einhaltung der beihilfenrechtlichen Höchstgrenzen nachfolgende Zuschläge gewährt werden. Das Vorliegen der Voraussetzung für die Gewährung dieser Zuschläge ist vom Förderwerber nachzuweisen. ~~Die Zuschlagsregeln können auch kumulativ bis zu den jeweils geltenden gemeinschaftlichen Höchstgrenzen zur Anwendung kommen:~~

1. für Projekte oder Projektteile, die als Öko-Innovationen eingestuft werden können und die die Voraussetzungen gemäß § 5 Abs. 1 Z 15 erfüllen kann in begründeten Fällen ein Zuschlag von bis zu 10 % gewährt werden;
2. für kleine Unternehmen sowie für sonstige Nicht-Wettbewerbsteilnehmer kann ein Zuschlag bis zu 20 % gewährt werden;
3. für mittlere Unternehmen kann ein Zuschlag bis zu 10 % gewährt werden.

Die Zuschlagsregeln können die Höchstfördersätze auch kumulativ bis zu den jeweils geltenden unionsrechtlichen Höchstgrenzen zur Anwendung kommen.

(4) Ungeachtet der Förderhöchstsätze gemäß Abs. 2 Z 1 bis 5 darf die Förderung für Anlagen oder Anlagenteile zur Verteilung von Energie nicht höher sein als die Differenz zwischen den förderfähigen Kosten und dem Betriebsgewinn. Der Betriebsgewinn wird vorab von den förderfähigen Kosten abgezogen.

- ~~— a) — sofern diese gemäß den Umweltleitlinien gewährt werden sollen — bis zu den für die jeweilige Beihilfenkategorie dort vorgesehenen Höchstfördersätzen angehoben werden,~~
 - ~~— b) — sofern diese gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für Umweltschutzbeihilfen gewährt werden sollen — bis zu den für die jeweilige Beihilfenkategorie dort vorgesehenen Höchstfördersätzen angehoben werden,~~
- ~~wenn die zu fördernde Maßnahme eine wesentlich günstigere Kosteneffizienz im Vergleich zur durchschnittlichen Kosteneffizienz innerhalb einer Technologie oder im Vergleich zur adäquaten Kosteneffizienz gemäß § 2 Abs. 4 aufweist.~~

(5) Für Förderungen, die als De-minimis-Förderung gewährt werden, können auf Basis der ermittelten förderfähigen Kosten (§ 9 Abs. 2) und unter Einhaltung der beihilfenrechtlichen Höchstförderung folgende Fördersätze gewährt werden:

1. für Investitionen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. a) bis zu 35 %;
2. für Investitionen zur Energiegewinnung aus biogenen Abfällen oder aus Abfällen mit relevanten biogenen Anteilen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. b) bis zu 30 %;
3. für Investitionen durch Reduktion oder Substitution von Rohstoffen durch Einsparung oder effizienteren Bereitstellung oder Nutzung von Energie (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. c sublit. ca), wie z.B. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, betriebliche Energiesparmaßnahmen, Leistungen von Energiedienstleistungsunternehmen, bis zu 30 %;
4. für Investitionen für betriebliche Mobilitäts- oder Verkehrsmaßnahmen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. d) bis zu 30 %, wobei die Förderungshöhe in Abhängigkeit vom Ausmaß der Reduktion sowie der Nachhaltigkeit der getroffenen Maßnahme festzulegen ist;
5. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von klimarelevanten Gasen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. e) bis zu 30 %;
6. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Staubemissionen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. f) bis zu 30 %, wobei die Förderungshöhe in Abhängigkeit von der Art der verminderten Emissionen und dem Ausmaß der Verringerung oder Vermeidung festzulegen ist;
7. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch luftverunreinigende Stoffe (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. g) bis zu 30 %, wobei die Förderungshöhe

in Abhängigkeit von der Art der verminderten Emissionen und dem Ausmaß der Verringerung oder Vermeidung festzulegen ist;

8. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Lärm, ausgenommen Verkehrslärm (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. h) bis zu 30 %;
9. für Investitionen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz durch Reduktion oder Substitution von Rohstoffen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. c sublit. cb und cc) bis zu 30 %;
10. für Investitionen zur Behandlung von gefährlichen Abfällen (§ 4 Abs. 1 Z 1 lit. i) bis zu 30 %;

(6) Für Förderungen, die als De-minimis-Förderung gemäß § 3 Abs. 15 lit. b oder als Investitionsbeihilfe gemäß Kapitel IVA der Agrarische Rahmenregelung der Agrarischen Freistellungsverordnung gewährt werden sollen, gelten die Fördersätze gemäß Abs. 5 Z 1 bis 5 sinngemäß.

(7) Die Förderungen für Projekte oder Projektteile gemäß Abs. 5, die als Öko-Innovationen einzustufen sind und die Voraussetzungen gemäß § 5 Abs. 1 Z 15 erfüllen kann unter Einhaltung der beihilfenrechtlichen Höchstförderung der Höchstfördersatz gemäß Abs. 5 ungeachtet der Differenzierung gemäß Abs. 1 gewährt werden.

~~(8) Darüber hinaus können die Höchstfördersätze gemäß Abs. 5 Z 1 bis 5~~

~~— a) — sofern sie als De-minimis-Förderung gemäß § 3 Abs. 15 lit. a gewährt werden soll gemäß der dafür möglichen Höchstförderung angehoben werden;~~

~~— b) — sofern sie als De-minimis-Förderung gemäß § 3 Abs. 15 lit. b gewährt werden soll gemäß der dafür möglichen Höchstförderung angehoben werden;~~

~~wenn die zu fördernde Maßnahme eine wesentlich günstigere Kosteneffizienz im Vergleich zur durchschnittlichen Kosteneffizienz innerhalb einer Technologie oder im Vergleich zur adäquaten Kosteneffizienz gemäß § 2 Abs. 4, aufweist.~~

~~(9) Soweit eine Förderung, die die Kriterien einer De-minimis-Förderung (§ 3 Abs. 15 lit. a oder lit. b) erfüllt, als eine Förderung gemäß den Umwelleitlinien, den Bestimmungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für Umweltschutzbeihilfen oder gemäß der Agrarischen Rahmenregelung gewährt werden soll, sind die jeweils vorgesehenen Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.~~

~~(10) Für die Förderung von Umweltstudien für Investitionen zur Anschaffung neuer Fahrzeuge, die über Gemeinschaftsnormen hinausgehen oder bei Fehlen solcher Normen, sowie für Beratungsleistungen ist eine Förderung gemäß den Umwelleitlinien oder gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für Umweltschutzbeihilfen nicht möglich.~~

(8) Für Förderungen an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer bemisst sich die Höhe der Förderung ungeachtet der für De-minimis-Förderungen einzuhaltenden Obergrenzen gemäß den Bestimmungen Abs. 1 und 2, Abs. 3 Z 1 und 2, Abs. 4, Abs. 5 sowie Abs. 7.

Art der Förderung

§ 11. (1) Die Förderung kann in Form von Investitionszuschüssen gewährt werden. Der Auszahlungsmodus ist im Förderungsvertrag zu vereinbaren.

(2) Ein zugesicherter Investitionszuschuss wird nach Durchführung der Endabrechnung und unter Voraussetzung der Einhaltung des Förderungsvertrages ausbezahlt. Erfolgt die Durchführung der Maßnahme in mehreren Abschnitten, kann die Auszahlung des zugesicherten Investitionszuschusses in Teilbeträgen aufgrund der Endabrechnung für einzelne Abschnitte vereinbart werden. Wird ein Investitionszuschuss unter Vereinbarung von Auflagen und Bedingungen gewährt, kann die Auszahlung bis zur halben Höhe auf die Dauer von bis zu 10 Jahren erstreckt werden.

(3) Förderungen können auch als Pauschalbeträge ausbezahlt werden. Die Höchstförderungssätze gemäß § 9 dürfen jedoch keinesfalls überschritten werden.

Förderungsvertrag

§ 12. (1) Die Gewährung einer Förderung erfolgt in Form einer schriftlichen Zusicherung. Soweit aufgrund von gemeinschaftsrechtlichen unionsrechtlichen Beihilferegulungen eine Einzelnotifikation und Genehmigung durch die EU-Kommission erforderlich ist, ist diese vor der

Zusicherung einzuholen. Durch die vorbehaltlose Annahme der Zusicherung kommt der Förderungsvertrag zustande.

(2) Der Förderungsvertrag hat insbesondere zu enthalten:

1. den Förderungsgegenstand,
2. das Ausmaß und die Art der Förderung, sowie den Auszahlungsmodus,
3. die Auszahlungsbedingung, dass sämtliche erforderlichen behördlichen Genehmigungen vorliegen,
4. die Frist für die Fertigstellung der Maßnahme,
5. Vereinbarungen über die Art der Abrechnung der Maßnahme,
6. Berichts- und Prüfungsvereinbarungen,
7. die Information für den Förderungswerber, dass folgende Daten im Sinne des § 8 Abs. 1 Datenschutzgesetz 2000, BGBl. I Nr. 165/1999 idgF, veröffentlicht oder übermittelt werden:
 - a) Veröffentlichung seines Namens oder seiner Firma unter Angabe der Rechtsform, seiner Gemeinde, der jährlichen Auszahlungen sowie des Barwertes der zugesagten Förderungssumme, des Zwecks der Umweltförderung, des Titels des Projekts und des Ausmaßes der durch die Förderung angestrebten Umweltentlastung nach Vertragsabschluss,
 - b) Veröffentlichung weiterer personenbezogener Daten ~~von Großunternehmen, gemäß Randziffer 193 den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Umweltschutzbeihilfen in Jahresberichten auf der Internetseite der EU-Kommission, gemäß Anhang III der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung oder Agrarischen Freistellungsverordnung~~ und
 - c) Übermittlung aller im Zusammenhang mit der Förderung stehenden personenbezogenen Daten an das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, ~~Familie und Jugend, dem~~den Rechnungshof, ~~dem~~das Bundesministerium für Finanzen und EU-Organen und den von diesen beauftragten Prüfinstanzen zu Kontrollzwecken und zur statistischen Auswertung übermittelt werden können,
8. - soweit ~~gemeinschaftsrechtlich~~unionsrechtlich erforderlich - der Hinweis auf den Titel der ~~gemeinschaftsrechtlichen~~unionsrechtlichen Rechtsgrundlage der Förderung einschließlich der Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen ~~Gemeinschaften~~Union und der einschlägigen ~~gemeinschaftsrechtlichen~~unionsrechtlichen Bestimmungen (im Falle von De-minimis-Förderungen ist auch auf diesen Umstand zu verweisen) sowie auf die Internetadresse, unter der diese ~~Förderungsrichtlinien veröffentlicht sind, und die bei der Notifikation der Förderungsrichtlinien von der EU-Kommission zugeteilte Identifikationsnummer~~Richtlinien veröffentlicht sind,
9. das Verbot, Förderungsmittel zur Bildung von Rücklagen oder Rückstellungen nach dem Einkommenssteuergesetz 1988, BGBl. -Nr.-400/1988 idgF, zu verwenden,
10. - im Falle einer Kofinanzierung durch die EU - die Vereinbarung zur Einhaltung der jeweils korrespondierenden ~~gemeinschaftsrechtlichen~~unionsrechtlichen Publizitätsverpflichtungen gemäß § 3 Abs. ~~22~~20,
11. Vereinbarungen über die Annahme der Zusicherung, über die Einstellung sowie die teilweise oder gänzliche Rückforderung der Förderung sowie
12. den Gerichtsstand.

(3) Darüber hinaus kann der Förderungsvertrag Vereinbarungen, insbesondere den Erfolg der Maßnahme sichernde sowie die Besonderheiten des Einzelfalles berücksichtigende Bedingungen und Auflagen enthalten.

(4) Der Förderungsvertrag kann auch im Wege einer treuhändischen Vereinbarung mit Dritten abgeschlossen werden, sofern dadurch der Erfolg der Maßnahme nicht gefährdet wird. Die Förderungsfähigkeit muss für den wirtschaftlichen Nutzer der Maßnahme gegeben sein.

Durchführung, Abrechnung und Kontrolle

§ 13. (1) Der Förderungsenehmer hat die Fertigstellung des Vorhabens der Abwicklungsstelle binnen angemessener Zeit bekannt zu geben. Eine Änderung der vereinbarten Frist für die

Fertigstellung ist nur in begründeten Ausnahmefällen einvernehmlich mit der Abwicklungsstelle zulässig.

~~(2) In begründeten Fällen kann die Abwicklungsstelle bei der Endabrechnung eine Kosten-
erhöhung bis zu 10% (§ 3 Abs. 2 Z 5) berücksichtigen.~~

(2) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, die Abwicklungsstelle über alle Änderungen der geplanten Maßnahme im Zuge der Ausführung unverzüglich zu informieren und die Zustimmung der Abwicklungsstelle dafür einzuholen. Weiters ist der Förderungsnehmer zu verpflichten, alle Ereignisse, die die Durchführung der Maßnahme oder die Erreichung des Förderungszweckes verzögern oder unmöglich machen, der Abwicklungsstelle unverzüglich anzuzeigen.

(3) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, bei Maßnahmen, deren Durchführung mehr als ein Jahr erfordert, jährlich einen Zwischenbericht über den Arbeitsfortschritt samt einer Darstellung des bisherigen finanziellen Aufwandes und der weiteren Durchführung der Maßnahme der Abwicklungsstelle vorzulegen, soweit dies die Dauer und der Umfang der Maßnahme zweckmäßig erscheinen lässt. Soweit hierfür von der Abwicklungsstelle Datenblätter zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden.

(4) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung der geförderten Maßnahme die von ihm erstellte, firmenmäßig gefertigte Abrechnung des Vorhabens mit allen zur Beurteilung erforderlichen Unterlagen, einschließlich des Abrechnungsberichtes in detaillierter und nachvollziehbarer Darstellung der Abwicklungsstelle vorzulegen. Außerdem ist ein Endbericht, einschließlich eines Messprotokolls über das erzielte Ausmaß der Verminderung der Emissionen oder des Abfalls vorzulegen. In diesem Endbericht ist der ökologische Erfolg der geförderten Maßnahme zumindest nach dem Ausmaß der Emissions- oder Abfallreduktion im Verhältnis zu den Kosten der Maßnahme darzustellen. Die Abrechnung muss eine durch ~~Originalbelege~~ Rechnungsbelege nachweisbare Aufgliederung aller mit der geförderten Maßnahme zusammenhängenden Ausgaben umfassen. Die Übermittlung von Belegen kann ~~grundsätzlich~~ auch in elektronischer Form vorgesehen werden, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche, urschriftgetreue und überprüfbare Wiedergabe gewährleistet ist, ~~und die Einsichtnahme in die Originalbelege oder deren nachträgliche Vorlage vorbehalten werden.~~ Soweit für den Endbericht von der Abwicklungsstelle Datenblätter zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden. Dies gilt auch für die Vorlage des Endberichtes im Wege von elektronischen Datenträgern oder Internet. In begründeten Fällen kann von der Vorlage des Messprotokolls abgesehen werden.

(5) Die Messungen zur Dokumentation des ökologischen Erfolges der geförderten Maßnahme gemäß Abs. 5 müssen unter den gleichen Bedingungen (Produktion, Messpunkt etc.) wie bei den Unterlagen des Ansuchens erfolgen.

(6) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, den Organen der Abwicklungsstelle bzw. des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und den von diesen Beauftragten, den Organen des Rechnungshofes sowie im Falle einer Kofinanzierung durch die EU den Kontrollorganen der EU sowie den von dieser beauftragten Stellen jederzeit Auskünfte (einschließlich Nachweise) hinsichtlich des geförderten Vorhabens zu erteilen. Zu diesem Zweck hat der Förderungsnehmer auf Aufforderung insbesondere Einsicht in die Bücher und sämtliche – auch elektronische – Belege sowie sonstigen, der Überprüfung der Durchführung dienenden Unterlagen zu gewähren, Auskünfte von Bezug habenden Banken zuzustimmen sowie das Betreten von Grundstücken und Gebäuden während der üblichen Geschäfts- und Betriebsstunden und die Durchführung von Messungen zu gestatten. Dabei ist der Förderungsnehmer darauf hinzuweisen, dass die Überprüfung – gegebenenfalls in Abstimmung mit anderen in Betracht kommenden Förderstellen oder durch eine Abfrage aus dem Transparenzportal, sofern sich dadurch ein aussagekräftiger Mehrwert bei der Kontrolle ergibt – stichprobenartig oder anlassbezogen durchgeführt werden kann, insbesondere um unerwünschte Mehrfachförderungen auszuschließen. Diese vertragliche Verpflichtung ist für einen bestimmten Zeitraum vorzusehen, der die beihilfenrechtlich erforderliche wie auch die gesetzliche Aufbewahrungsfrist im Sinne des Rechnungslegungsgesetzes, BGBl. Nr. 475/1990 idgF, mindestens jedoch einen Zeitraum von 10 Jahren ab Gewährung der Förderung (Art. 15 der Verordnung des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung des Artikel 93 des EG-V, ABl. L 83 vom 27. März 1999, 1999/659/EG idgF) umfasst.

Einstellung und Rückforderung der Förderung.

§ 14. (1) Der Förderungsnahmer ist zu verpflichten, eine gewährte Förderung über schriftliche Aufforderung nach Maßgabe der Abs. 2 bis 4 zurückzuzahlen, und es tritt das Erlöschen des Anspruches zugesicherter, aber noch nicht ausbezahlter Förderungen ein, wenn:

1. Organe oder Beauftragte der Abwicklungsstelle über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind;
2. vorgesehene Verpflichtungen, Auflagen und Bedingungen, insbesondere solche, die die Erreichung des Förderungszieles sichern sollen, sowie die Bestimmungen des § 5 Abs. 1 Z 10 und 11 vom Förderungsnahmer nicht eingehalten wurden;
3. vorgesehene Berichte nicht erstattet, Nachweise nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt worden sind, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und dem ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtslage der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist;
4. die unverzügliche Meldung von Ereignissen, welche die Durchführung des geförderten Vorhabens verzögern, unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würde, unterblieben ist;

~~5. über das Vermögen des Förderungsnahmers vor ordnungsgemäßen Abschluss des geförderten Vorhabens oder innerhalb einer Frist von 3 Jahren nach dessen Abschluss ein Konkursverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines Konkurses mangels kostendeckenden Vermögens abgelehnt wird;~~

5. der Förderungsnahmer vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert;
6. die Förderungsmittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet worden sind;
7. die geförderte Maßnahme nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann oder durchgeführt worden ist;
8. die Richtigkeit der Endabrechnung innerhalb von 10 Jahren nach Abschluss der geförderten Maßnahme nicht mehr überprüfbar ist, weil die Unterlagen aus Verschulden des Förderungsnahmers verlorengegangen sind;
9. die Berechtigung zur Führung des Betriebes oder die tatsächlichen Voraussetzungen dafür wegfallen;
10. der projektierte ökologische Erfolg der Maßnahme nicht oder nicht im projektierten Ausmaß eintritt (ausgenommen Maßnahmen gemäß § 4 Abs. Z 1 lit. j);
11. das Unternehmen des Förderungsnahmers oder der Betrieb in dem die geförderte Anlage verwendet wird, oder die geförderte Anlage selbst vor deren Fertigstellung oder bis zu 10 Jahren danach auf einen anderen Rechtsträger übergeht oder sich das Verfügungsrecht an der Anlage ändert oder sich die Eigentums- oder Beteiligungsverhältnisse ändern;
12. die für die geförderte Maßnahme notwendigen Bewilligungen nicht erlangt wurden;
13. das Zessionsverbot gemäß § 3 Abs. 2 UFG nicht eingehalten wurde;
14. von Organen der EU die Aussetzung und/oder Rückforderung verlangt wird.

(2) Bei Vorliegen eines Rückforderungsfalles sind die zurückzuzahlenden Beträge vom Tag der Auszahlung an mit dem von der EU-Kommission für den Zeitpunkt der Gewährung der Förderung festgelegten Referenzzinssatz zu verzinsen.

(3) Allfällige weitergehende zivilrechtliche Ansprüche bleiben hiervon unberührt.

(4) Von einer Einstellung oder Rückforderung der Förderungsmittel kann in den Fällen des Abs. 1 Z ~~5 und 14~~ 11 abgesehen werden, wenn dadurch die Erreichung des Förderungszieles nicht gefährdet erscheint.

Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen.

§ 15. (1) Die Förderungsrichtlinien 2015 treten mit 1. Jänner 2015 in Kraft. Auf Ansuchen auf Förderung, die ab dem 1. Jänner 2015 entschieden werden, sind die Förderungsrichtlinien 2015 für die Umweltförderung im Inland anzuwenden.